



---

Marc Henrichmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • [marc.henrichmann@bundestag.de](mailto:marc.henrichmann@bundestag.de) • [www.marc-henrichmann.de](http://www.marc-henrichmann.de)  
Carsten Hövekamp, Bürgermeister der Stadt Dülmen • Markt 1 • 48249 Dülmen • [buergermeister@duelmen.de](mailto:buergermeister@duelmen.de) • [www.duelmen.de](http://www.duelmen.de)

Bundesministerium des Innern und für Heimat  
Frau Bundesministerin  
Nancy Faeser  
Alt-Moabit 140

19.12.2023

10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Ministerin Faeser,

die noch immer nicht ausreichend gesteuerte Migration nimmt unseren Städten und Gemeinden die Luft zum Atmen. Schlimmer noch: Der gesellschaftliche Friede ist akut bedroht. Das erlebe ich als Bundestagsabgeordneter in meinem münsterländischen Wahlkreis ebenso wie als Bürgermeister in meiner Stadt Dülmen.

Die Stimmung kippt. Das müssen wir selbst bei uns im Münsterland feststellen, einer aufstrebenden ländlichen Region. Wir sind wirtschaftlich stark, haben nahezu Vollbeschäftigung und ungewöhnlich engagierte Vereine. Die Menschen sind füreinander da, das Ehrenamt ist äußerst ausgeprägt, der gesellschaftliche Zusammenhalt war lange sehr groß.

Doch dieser Zusammenhalt schwindet. Menschen, die sich zum Beispiel in der Flüchtlingshilfe einsetzen, fühlen sich zunehmend überfordert und alleingelassen. Sie wenden sich ab. „Die Bundesregierung lässt uns im Stich“, das hören wir immer häufiger. Viele sind verunsichert. Wo soll die weiter und weiter wachsende Zahl von Geflüchteten unterkommen? Bürgerinnen und Bürger sorgen sich, weil sie selbst keine bezahlbare Wohnung finden. Sie sorgen sich, weil sich ihr Umfeld verändert: Weil (wenn auch nicht in Dülmen, aber doch in einigen münsterländischen Kommunen) vor der Grundschule Flüchtlingscontainer stehen, weil die Sporthalle belegt ist. Das sind reale Sorgen, die uns täglich erreichen – im persönlichen Gespräch, in Briefen, Mails und Telefonaten.

Wenn selbst in einer eigentlich stabilen Region die Migrationspolitik den gesellschaftlichen Frieden ins Rutschen bringt, müssen alle Alarmglocken schrillen!

Die Bundesregierung muss darauf reagieren, sie muss das Problem endlich anpacken und dafür sorgen, den gesellschaftlichen Frieden wieder herzustellen. Die bisher beschlossenen Maßnahmen reichen nicht aus, um irreguläre Migration zu stoppen und dafür zu sorgen, dass Menschen ohne Bleiberecht unser Land verlassen.

Wenn der Staat sich aber in den Augen seiner Bürgerinnen und Bürger handlungsunfähig zeigt, verliert er in ihren Augen an Legitimation. Das gefährdet unsere Demokratie.

Ein konkretes Beispiel: Die Stadt Dülmen mit 47.000 Einwohnern hat im vergangenen Jahr 700 Menschen aufgenommen, in diesem Jahr waren es bereits mehr als 300. Die Stadt unternimmt alles, um diese Menschen unterzubringen und zu integrieren. Doch die immer neuen Zuweisungen sind einfach nicht mehr zu stemmen.

Die Zahl der Wohnungen für Geflüchtete konnte bereits von 30 auf 140 gesteigert werden. Außerdem ist es gelungen, 300 weitere Menschen in privatem Wohnraum unterzubringen. Die Kehrseite dieser Anstrengungen ist, dass der gesamte Wohnungsmarkt in Dülmen extrem belastet ist. Ähnliches hören wir von anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

Die kommunalen Vertreter sind enttäuscht vom (Nicht-)Handeln der Bundesregierung. Das Rückführungspaket ist eine Nebelkerze Ihrer Regierung, aber gewiss nicht der „Wumms“, den der Bundeskanzler gern und oft verkündet. Theoretisch kann die Stadt Dülmen 13 Personen abschieben – das sind nicht mal so viele Menschen, wie derzeit pro Woche zugewiesen werden. Alle vier Wochen muss Wohnraum für knapp 60 Menschen zusätzlich zur Verfügung stehen. Wo bleibt die notwendige Entlastung?

Während die Nachbargemeinde Nottuln bereits eine Turnhalle mit Geflüchteten belegt, versucht Dülmen, diesen Schritt zu vermeiden. Die Stadt errichtet einen Wohncontainer mit 60 Plätzen auf einem Bolzplatz, eine Erweiterung auf 120 Plätze ist zu erwarten.

Auf dieser Sportanlage haben Kinder und Jugendliche gespielt, Nachbarn haben Feste gefeiert, das Gelände war ein wichtiger sozialer Treffpunkt. Dieser geht nun – vorerst – verloren. Bürgerinnen und Bürger berichten mir als Bürgermeister von ihrer Unsicherheit und ihrem Unbehagen angesichts dieser Entwicklung. Als Bundestagsabgeordneter erreichen mich noch deutlichere Äußerungen, aus denen neben Angst um die Sicherheit auch Wut und Frust sprechen. Und wir hören mehr und lauter Stimmen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich Parteien des extremen rechten Rands zuwenden.

Die Stadt Dülmen wird die Geflüchteten so gut wie möglich betreuen, ein örtlicher Sportverein hat seine Unterstützung zugesagt. Doch kommunale Verwaltung und Ehrenamt haben keine unbegrenzten Kapazitäten. Wir haben immer wieder vor einer drohenden Überforderung gewarnt, diese Überforderung ist längst eingetreten.

So steht die kommunale Selbstverwaltung vor dem Kollaps. So wird Integration scheitern.

Sehr geehrte Frau Faeser, nur die Bundesregierung hat die Mittel in der Hand, diesen unhaltbaren Zustand zu ändern und die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen. Wir fordern Sie außerdem dringend auf: Unterstützen Sie unsere Kommunen, sowohl finanziell als auch bei der Unterbringung Geflüchteter.

Ergreifen Sie wirksame Maßnahmen, insbesondere um die irreguläre Zuwanderung zu stoppen. Sie wissen, dass CDU und CSU bereit sind, mit der Bundesregierung

zusammenzuarbeiten, und konkrete Vorschläge gemacht haben. Die Einführung von Kontrollen an den Binnengrenzen hat sich als wirksam erwiesen, wie die Bundespolizei bestätigt hat. Wenn Sie Anreize und Pull-Faktoren für die Migration beseitigen wollen, haben Sie uns an Ihrer Seite. Wir sehen aber mit Sorge, dass die Bundesregierung zum Beispiel mit beschleunigten Einbürgerungen eine ganz andere Richtung einschlägt.

Sehr geehrte Frau Ministerin, sorgen Sie, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, für einen wirksamen Schutz unserer Außengrenzen. Setzen Sie sich ein für Asylverfahren an den Außengrenzen. Schließen Sie Migrationsabkommen mit Herkunftsländern ab. Setzen Sie auch bei den Leistungen für Asylbewerber an. Handeln Sie vor allem schnell und entschlossen, auch im Sinne unserer Städte und Gemeinden. Zeigen Sie den Menschen endlich, dass ihre Belastungen gesehen und ihre Sorgen ernst genommen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Hövekamp, Bürgermeister der Stadt Dülmen



Marc Henrichmann, MdB